



BJORN KIEZMANN

**Bundeswehrosoldat auf Patrouille in Afghanistan im Mai 2012:** „Uns wurde klar, dass mit den Waffen etwas nicht stimmt“

VERTEIDIGUNG

# „Auf Handwärme abkühlen“

Waffen, mit denen die Bundeswehr in Afghanistan kämpft, weisen erhebliche Defizite auf, behauptet ein Ex-Beamter des zuständigen Prüfamts. Doch seine Warnungen werden ignoriert. Steht Minister de Maizière vor einem neuen Rüstungsskandal?

**E**s ist der Karfreitag des Jahres 2010, die Soldaten der deutschen Afghanistan-Truppe bereiten sich auf einen Routineeinsatz vor. Sie sollen im Distrikt Chahar Darreh nach Sprengfallen suchen.

Plötzlich zwischen Gewehrkugeln über ihre Köpfe. Ein Hinterhalt. Den ersten Kameraden trifft ein Geschoss in den Bauch, die anderen suchen in Panik nach Deckung. Sie schießen zurück auf die Taliban, die sich in vielleicht 300 Meter Entfernung hinter Lehmwänden verschanzt haben.

Zehn Stunden dauert das Gefecht. Der verwundete Infanterist verblutet, zwei weitere Bundeswehrosoldaten fallen. Erst tief in der Nacht schweigen die Waffen.

Es war das bis dahin längste Gefecht deutscher Soldaten seit dem Zweiten

Weltkrieg. Doch nicht nur die Zahl der Opfer beunruhigte die Truppe, es gab noch eine zweite bestürzende Auffälligkeit: 28 000 Schuss gaben die Deutschen während der Schlacht ab, die meisten aus ihren Gewehren vom Typ G36.

Doch die eilends ins Feld entsandten Ermittler fanden keinen einzigen toten Afghanen, noch nicht einmal Spuren eines verletzten Gegners. „Uns wurde langsam klar“, sagt ein Bundeswehr-General, „dass mit den Waffen etwas nicht stimmen musste.“

Die Gewehre wurden überprüft, sogar Lehmziegel aus Afghanistan flog man zum Testgelände der Bundeswehr nach Meppen. Die Ergebnisse nährten den Verdacht, dass Deutschlands Soldaten offen-

bar mit Gewehren in den Krieg ziehen, die unter bestimmten Gefechtsbedingungen zu wirkungslos sein können, um es mit Feinden aufzunehmen, die nicht mehr tragen als Sandalen, einen Kaftan, Kalaschnikow und Panzerfaust.

Die Bundeswehr hält den brisanten Bericht bis heute unter Verschluss. Auch mehr als drei Jahre nach dem fatalen Scharmützel versucht das Verteidigungsministerium gegenüber den eigenen Soldaten, den Bürgern und dem Parlament den Anschein aufrechtzuerhalten, dass es keine ernstesten Probleme mit Handfeuerwaffen der deutschen Armee gibt.

Dabei müssten es die Mitarbeiter von Ressortchef Thomas de Maizière (CDU) eigentlich besser wissen. Über Jahre be-

lieferte sie ein besorgter Beamter aus dem Wehrbeschaffungsamt in Koblenz mit Unterlagen, die eklatante Schwächen bei Gewehren und Pistolen der Bundeswehr aufzeigen. De Maizières Behörde aber wiegelt bis heute ab. Vor zwei Wochen dann schickte der Waffenexperte seine brisanten Informationen an Mitglieder des Verteidigungsausschusses des Bundestags.

Auf über 50 Seiten beschreibt der unlängst in den Ruhestand versetzte Beamte, wie er bei seiner Prüfarbeit im Beschaffungsamt systematisch behindert worden sein soll. Er sei strafversetzt und seine Unterlagen seien gelöscht worden, schließlich sollte er sich einer psychiatrisch-psychologischen Untersuchung unterziehen. Auf je mehr Ungereimtheiten er stieß, desto größer wurden die Attacken seines Dienstherrn.

Ein Spinner, ein Querulant, alles längst widerlegt – nach dieser Melodie versucht das Ministerium, den Nestbeschmutzer zu diskreditieren. Doch der notorische Beamte hat seinem Schreiben eine CD mit vielen internen Dokumenten beigelegt. Zusammen mit anderen, bislang vor der Öffentlichkeit geheim gehaltenen Unterlagen ergeben sie ein verstörendes Bild: Sie zeigen ein Ministerium, das über eine ungesunde Nähe zum Rüstungskonzern Heckler & Koch verfügt, kritischen Berichten nicht angemessen nachgeht und Fehler wegredet. Alles zu Lasten der Soldaten im Einsatz.

Die Dokumente des Beamten zeigen Auffälligkeiten bei mehreren Waffensystemen der Bundeswehr, etwa der Pistole P8, die von den Soldaten selbst im Camp getragen werden muss, weil sie sich damit gegen heimlich übergelaufene afghanische Soldaten wehren sollen.

Beim Einsatz der Bundeswehrmunition vom Typ DM51 soll ein gefährlich hoher Gasdruck entstehen. Pistolen seien am Verschluss oder Rohr gerissen, bei manchen würden durch den Druck Metallteile herausgeschleudert. Das Ministerium räumt 48 Vorkommnisse seit dem Jahr 2012 ein, darunter 12 durch „Bruch oder Riss“, hält dies aber für ungefährliche „Verschleißphänomene“.

In internen Dokumenten ist von einer „Verletzungsgefahr“ bei Verwendung der Munition die Rede. Doch noch heute schießen Bundeswehrsoldaten mit der vermutlich gefährlichen Munition in der P8. Heckler & Koch führt die Probleme auf den Einsatz nicht freigegebener Munition zurück, die zu „überhöhtem Gasdruck“ führe, und zählt aber auch jene DM51 dazu.

Probleme habe es auch bei Maschinenpistolen und Maschinengewehren gegeben, so der Informant. Zudem würden die

Mündungsfeuertämpfer des G36 auffallend oft bersten.

Die Probleme, auf die der Beamte bei seinen Recherchen zum G36 stößt, werfen neues Licht auf Vorfälle in Afghanistan. Rund um das Jahr 2006 ist den Verantwortlichen dort der hohe Munitionsverbrauch der Soldaten aufgefallen. „Wir dachten zunächst an einen Ausbildungsmangel“, erinnert sich ein General. „Doch trotz verbesserter Ausbildung blieb das Phänomen bestehen.“

Dass die Angehörigen der Afghanistan-Truppe so viele Patronen verschossen, hatte vermutlich eine andere Ursache: Die Waffen schossen im Gefecht nicht präzise genug, weshalb die Schützen immer wieder neu etwas neben dem alten Zielpunkt ansetzten in der Hoffnung, endlich zu treffen. „Der Soldat zweifelt zunächst an seinen eigenen Fähigkeiten, bis er an die Möglichkeit denkt, es könnte an der Waffe liegen“, so der hohe Militär.

Wie richtig er mit seiner Vermutung liegt, zeigt ein verräterisches Dokument aus dem Jahr 1994, das der Koblenzer Beamte bei seinen Nachforschungen zutage förderte. Es war der Erprobungstest, auf

tion verwendet wurde – ein großer Makel für jeden Waffencheck. Zudem stießen die Fachleute von der Wehrtechnischen Dienststelle in Meppen auf erstaunliche Phänomene, die sie eigentlich hätten alarmieren müssen: Bei einer Distanz von 500 Metern erweiterte sich bei Dauerbeschuss der Streukreis von 75 auf 250 Zentimeter. Durch Witterungseinflüsse betrage „die Abweichung des mittleren Treffpunktes bis ca. 600 cm“, so stellten sie fest.

Bei dem mittleren Treffpunkt handelt es sich um das wohl wichtigste Maß für die Präzision einer Schusswaffe. Sechs Meter sind ein gewaltiger Wert, der die Prüfer hätte stutzig machen müssen. Aus den Beschuss-Ergebnissen im Anhang der Studie ergibt sich, dass sich dieser mittlere Treffpunkt beim G36 unkontrolliert verlagert. Waffenkenner lässt so etwas aufhorchen. Denn es ist ein Indiz dafür, dass der Lauf des Gewehrs nicht stabil in die richtige Richtung zeigt.

Doch niemand ging dem Warnhinweis nach. Stattdessen machten die Tester den Weg für den Kauf der Waffe frei; eine Entscheidung, deren Fragwürdigkeit erst später unter realen Gefechtsbedingungen auffiel: als der Marschbefehl nach Afghanistan erteilt worden war. Plötzlich war das G36 extremen Witterungsverhältnissen ausgesetzt, bei Angriffen musste das Gewehr viele Feuerstöße aushalten. So wie am Karfreitag des Jahres 2010.

Den Verantwortlichen wurde langsam klar, dass die Wärme dem Schussgerät zusetzt. Erstmals einwandfrei festgestellt wurde das im Dezember 2011. Zwei G36-Gewehre wurden von der Front zur Untersuchung nach Deutschland geschickt. Bei einer der Waffen war der Kunststoff-Handschutz regelrecht weggeschmolzen.

Die Resultate waren niederschmetternd. Von einem „erheblichen Mangel“ ist in einem Dokument der Wehrtechnischen Dienststelle 91 aus dem Dezember 2011 die Rede. Nach der Abgabe von

90 Schuss aus 100 Meter Entfernung habe die Waffe einen Streukreis von 50 bis 60 Zentimetern aufgewiesen. „Hier ist die Frage zu stellen, inwieweit ein Soldat in einem Feuergefecht mit heißgeschossener Waffe überhaupt noch treffen kann“, so der zuständige Hauptmann.

Es folgte eine ganze Reihe von Krisensitzungen. Ein weiterer, umfangreicher Test wurde angeordnet. Die Soldaten in Afghanistan, bei denen es bei der Wahl der Waffe um Leben und Tod ging, reagierten auf ihre Weise: Wer konnte, besorgte sich aus alten Beständen das Vorläufermodell des G36, das G3.

Bei Heckler & Koch reagierten die Manager sauer auf den unerwartet großen Ermittlungseifer der Wehrbeschaffer. In



Minister de Maizières: Nicht erneut mit dem Vorgang befasst?

dessen Grundlage das G36 von der Bundeswehr angeschafft worden war.

Das schwer zugängliche Papier zeigt die schlechten Voraussetzungen, unter denen die Waffe gekauft wurde. So klagte der verantwortliche Prüfer, der Test sei wegen Urlaub und Krankheit von Mitarbeitern erschwert gewesen. Aus dem Dokument geht auch hervor, dass es kein sogenanntes Lastenheft gab, in dem die Leistungsanforderungen an das neue Gewehr vorher festgehalten worden wären.

Dabei ging es um den Kauf von bislang 180 000 Gewehren im Gesamtwert von über 180 Millionen Euro. Der Erprobungstest genügte allerdings kaum den Standards, unter anderem, weil überwiegend nicht die für das G36 vorgesehene Muni-

# Der digitale SPIEGEL

5 Ausgaben für € 9,90 +  
aktuelle Ausgabe  
**GRATIS LESEN!**  
spiegel.de/  
digitaltesten



**In dieser Ausgabe:**

**Wahlkampf der Worte**

**Video-Analyse** der Sprache von Angela Merkel und Peer Steinbrück

**Der Feind nebenan**

**Video-Spezial** über den alltäglichen Rassismus in Deutschland

**Verkauft für einen Euro**

**Video** über Kinderhandel in Indien

**Die neue Art zu lesen.**

- Mit zusätzlichen Hintergrundseiten.
- Mit exklusiv produzierten Videos.
- Mit 360°-Panoramafotos, interaktiven Grafiken und 3-D-Modellen.
- Alles immer schon **ab Sonntag, 8 Uhr!**



Einfach scannen (z.B. mit der kostenlosen App **DER SPIEGEL**) und mehr erfahren – über den digitalen SPIEGEL und über unser Testangebot.

**DER SPIEGEL**

einer E-Mail vom 6. Juni 2012 schreibt der Leiter der Produktstrategie, Marc Roth, man sei „irritiert“, dass die Bundeswehr sich „seit Monaten bemüht, eine vermeintliche Kausalität zwischen dem angeblich suboptimalen Gehäusewerkstoff des G36 und den angeblich vorliegenden Streukreisvergrößerungen im heißgeschossen Zustand festzustellen“.

Doch die Firmenvertreter konnten auf einen Verbündeten im Verteidigungsministerium zählen, den für die Beschaffung des Gewehrs zuständigen Referatsleiter. Der Beamte wischte die Bedenken seiner Kollegen aus dem Wehrbeschaffungsamt kurzerhand beiseite. Dabei hatten die ihn nur darum gebeten, weitere Käufe des G36 so lange auszusetzen, bis die Untersuchungen abgeschlossen seien.

Doch der Referatsleiter sah dafür keinen Grund: „Da diese Empfehlung weder von Ihnen begründet wird noch ein veränderter Erkenntnisstand vorgelegt wird“, halte er an der Beschaffung fest. Und so wurden weitere G36 gekauft. Die Staatsanwaltschaft Koblenz ermittelt mittlerweile gegen den leitenden Beamten.

Heckler & Koch dagegen behauptet, es handle sich bei den beobachteten Phänomenen um „auch für den Laien nachvollziehbare“ normale physikalische Vorgänge. Es sei, so schreibt Heckler & Koch, eine „Binsenweisheit“, dass jede Schusswaffe durch Dauerschießen heiß werde und „die thermische Reaktion“ zur Ausdehnung des Laufs sowie zu „einer geringeren Zielgenauigkeit“ führe. Einen Konstruktionsmangel habe das Gewehr nicht, es sei nur bis 200 Meter Kampftfernungen gedacht. Für hochpräzise Treffleistungen über größere Entfernungen stünden andere Gewehre bereit.

Die Soldaten bekamen vom Führungseinsatzkommando eine Reihe von Anweisungen, etwa jene, „bei starker Rohrerhitzung“ nicht mehr zu schießen, bis das G36 „auf Handwärme wieder abgekühlt“ sei – ein zynischer Rat für einen Infanteristen im Feuerkampf.

Zumal die Waffenprüfer der Bundeswehr mittlerweile den entscheidenden Konstruktionsmangel des G36 gefunden zu haben glauben. So berichten sie im Juli vergangenen Jahres in ihrem Abschlussbericht zu den weiteren Untersuchungen am G36 (Projekt-Nr.: R1/000009844; „VS – vertraulich“), dass die beim Schießen entstehende Wärme vom Rohr in den die Haltebuchsen umgebenden Kunststoff übergeht. „Dies führt bei der gegebenen Konstruktion zwangsläufig zu einer zunehmend instabilen Rohrlagerung“, heißt es dort.

Kunststoff und Stahl arbeiten anscheinend gegeneinander, das Rohr verschiebt sich. Dieses „Auswandern“ des mittleren Treffpunkts werde noch durch eine andere Eigenschaft des Materials verstärkt. So hatte Heckler & Koch Glasfasern in den

Kunststoff gemischt, die nicht gleichmäßig im Plastik verteilt waren.

Dadurch erwärmt sich das Material je nachdem, wie viel Glasfasern die betreffende Stelle enthält, unterschiedlich stark. Das führe zu einem „nicht vorhersehbaren Verziehen des Materials“. Wohin sich das Gewehr gerade verzieht, kann der Schütze nicht wissen. Der Treffpunkt seines G36 wandert „in Stärke und Richtung“, ohne dass diese Bewegung in irgendeiner Weise vorhersehbar wäre.

Signifikant sei dieser Effekt nicht nur bei heißer Waffe. Schon bei einer Außentemperatur von 23 Grad leide die Steifigkeit des Kunststoffes, so steht es in dem Geheimbericht. Liege die Waffe in der Sonne oder werde sie von einer Seite erwärmt, verlagere sich der Treffpunkt bereits. Die „Erst-Treffer-Wahrscheinlichkeit“ sinke, der Munitionsbedarf steige, der Soldat verliere „das Vertrauen in seine Schießfähigkeit“, so die Prüfer.

Die Warnungen des Koblenzer Beamten scheinen durch dieses Gutachten bekräftigt zu werden. Heckler & Koch jedoch verweist darauf, dass die Verwendung von Kunststoff bewusst zur „deutlichen Gewichtsreduzierung“ gewählt wurde. Das Verteidigungsministerium hält bis heute in Nibelungentreue am G36 fest. Würden die Maizières Beamte die Probleme einräumen, dann müssten sie auch zugeben, dass schon bei der Beauftragung und Erstbeschaffung in den 1990er Jahren Fehler gemacht wurden, auf Kosten der Truppe.

Bislang hat sich der Minister so verhalten, wie es aus der „Euro Hawk“-Affäre bekannt ist: seine Staatssekretäre voranschicken und dann nicht mehr mit der Sache befasst sein. Mehrmals wandte sich der Informant aus dem Wehrbeschaffungsamt direkt an den Ressortchef.

Wenige Tage nach Amtsübernahme von seinem Vorgänger Karl-Theodor zu Guttenberg im März 2011 erhielt de Maizières das Schreiben mit sämtlichen Anhängen. Der Christdemokrat beauftragte zwei Ministerialdirigenten von der Hardthöhe in Bonn damit, den Vorgang zu überprüfen. Die versorgten zunächst einmal die beschuldigten Beamten mit Unterlagen, der Rechercheur aus Koblenz dagegen wurde mit verschärften Sanktionsmaßnahmen belegt.

Die interne Untersuchung habe die Vorwürfe nicht bestätigen können, heißt es nun lapidar aus dem Verteidigungsministerium. Es habe daher keine Veranlassung bestanden, „den Minister erneut mit dem Vorgang zu befassen“.

Die Kontroverse um das G36 scheint den Minister zu nerven. Als er im vergangenen Herbst nach einer Sitzung des Verteidigungsausschuss zu dem Gewehr befragt wurde, antwortete de Maizières: „Ich kann mich nicht um jede Waffe kümmern.“

MATTHIAS GEBAUER,  
GERALD TRAUFFETTER, ANDREAS ULRICH